

85. Reform ist ein fortlaufender Prozeß, und Verbesserungen dürfen keine Grenzen gesetzt sein. Dennoch besteht die Erwartung, die ich erfüllt sehen möchte, daß die zur Zeit stattfindende Erneuerung dieser Organisation bis 1995, dem Jahr ihres fünfzigjährigen Bestehens, abgeschlossen sein soll. Das vorgegebene Tempo muß daher beschleunigt werden, wenn die Vereinten Nationen mit dem für unsere Zeit charakteristischen, immer schnelleren Ablauf der Geschichte Schritt halten wollen. Wir dürfen uns nicht allein von Präzedenzen leiten lassen, gleichviel, wie weise diese gewesen sein mögen, sondern von den Anforderungen der Zukunft und von der Gestalt und dem Inhalt, den wir ihr geben möchten.

86. Ich bin entschlossen, einen umfassenden Dialog zwischen den Mitgliedstaaten und dem Generalsekretär herbeizuführen. Ebenso bin ich entschlossen, ein volles, offenes Zusammenspiel aller Institutionen und Teilbereiche der Vereinten Nationen zu fördern, nicht nur, damit den Zielen der Charta besser gedient ist, sondern auch, damit die Organisation über die Summe ihrer Teile hinauswächst. Den Vereinten Nationen wurde bei ihrer Gründung eine große, kühne Zielsetzung mit auf den Weg gegeben. Jetzt ist es an der Zeit, daß die ihnen angehörenden Länder und Völker und die ihnen dienenden Männer und Frauen den Augenblick nutzen - der Zukunft wegen.

Vereinbarung über die Auflösung der Tschechoslowakischen Föderativen Republik vom 19. Juni 1992

(Wortlaut)

Die nachstehende Vereinbarung über die Auflösung der CSFR wurde in der Nacht zum 20. Juni in Bratislava von Vaclav Klaus, dem Vorsitzenden der „Demokratischen Bürgerpartei“ (ODS), und Vladimir Meciar, dem Vorsitzenden der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS), unterzeichnet. Die Parteien des Tschechen Klaus und des Slowaken Meciar waren aus den Wahlen vom 7. Juni in den jeweiligen Landesteilen als Sieger hervorgegangen. Vgl. zur Entwicklung in der CSFR auch den Beitrag von Alena Wagnerová, Die Stunde der Irrationalität („Blätter“, 7/1992) sowie im Augustheft den Artikel von Lubomir Brokl über Antinomien tschechoslowakischer Politik seit 1989. D. Red.

Die HZDS und die ODS sind sich ihrer großen historischen Verantwortung angesichts der Situation bewußt, die sich nach den Wahlen von 1992 in der tschechischen Republik und in der slowakischen Republik ergeben hat, und sie haben beschlossen, über den Verfassungsweg eine Lösung zu finden. Um die Kontinuität aller Verfassungsorgane des Bundes und aller seit November 1989 eingeleiteten Prozesse zu gewährleisten, haben sie vereinbart, eine Bundesregierung mit einem Programm zu bilden, das ihrer politischen Übereinkunft entspricht. Sie stellen die Unterschiede ihrer Wahlprogramme und ihrer politischen Ziele in Bezug auf die Staatsstruktur fest. Die ODS betrachtet eine Föderation, die allein völkerrechtlich anerkannt ist, als einzige vernünftige und realisierbare Form für einen gemeinsamen Staat der tschechischen und slowakischen Republik. Die HZDS ist für eine Konföderation, in der beide Staaten völkerrechtlich anerkannt sind. Die ODS betrachtet die Konföderation zweier Völkerrechtssubjekte nach internationalem Recht nicht als gemeinsamen Staat, sondern als Union zweier unabhängiger Staaten. Die ODS zieht der Konföderation zwei unabhängige Staaten vor, das heißt die verfassungsmäßige Trennung des derzeitigen Staates.

Beide Parteien betrachten es in der derzeitigen Lage als ihre Aufgabe, mit allen legalen Mitteln den Prozeß zu fördern, der vor dem 30. September 1992 zu einer Vereinbarung zwischen den beiden Nationalräten über die Struktur des Staates führen wird. Wenn zwei Staaten als Subjekte internationalen Rechts geschaffen worden sind, halten ODS und HZDS es für nötig, im Interesse ihrer freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen nach Formen des Zusammenlebens und einem Rahmen für Zusammenarbeit zu suchen, die ihren Traditionen und ihren derzeitigen und künftigen Bedürfnissen entsprechen. Sie schlagen vor, daß im Fall des Verschwindens der Föderation beide Nationalräte Gesetze verabschieden, um die Abgeordneten des Bundesparlamentes in ihrer Mitte aufzunehmen.

Die Prinzipien des Regierungsprogramms des Bundes binden die beiden Subjekte, die sich regelmäßig informieren und auf der Ebene des Bundesparlamentes konsultieren. Ihre jeweiligen Führungen treffen sich je nach Entwicklung der Lage. Diese Vereinbarung betrifft nicht die Beziehungen, die ODS und HZDS mit anderen politischen Parteien haben. ODS und HZDS verpflichten sich, bis zum 31. Juli 1992 eine Vereinbarung über die anderer Zentralorgane des Staates zu schließen.

Rücktrittserklärung des Präsidenten der CSFR Vaclav Havel im tschechischen Fernsehen am 17. Juli 1992

(Wortlaut)

Liebe Mitbürger,

heute Mittag überreichte der Kanzler Karl Schwarzenberg der Föderativen Versammlung meinen Brief, in dem ich bekanntgebe, daß ich am 20. Juli um 18 Uhr mein Amt als Präsident der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik niederlege.

Zu diesem Schritt habe ich mich nach reiflicher Überlegung entschlossen. Dazu veranlaßte mich die Erkenntnis, daß ich die Verpflichtungen, die sich aus dem Treueversprechen gegenüber der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und ihrer Verfassung ergeben, nicht mehr auf eine Weise erfüllen kann, die im Einklang mit meinem Wesen, meiner Überzeugung und meinem Gewissen stehen würde. Bei dem Versuch, dieses Versprechen konsequent einzuhalten, könnte ich sogar zu einem Hindernis für die weitreichenden staatlichen Veränderungen werden, auf die unser Land nach den letzten Parlamentswahlen zusteuert. Zudem würde ich möglicherweise emanzipatorische Bemühungen der Slowakischen Republik behindern, die ihren politischen Ausdruck auch in der heute durch den Slowakischen Nationalrat verabschiedeten Unabhängigkeitserklärung finden. Darüber hinaus zeigte die jüngste neue Präsidentschaftswahl, daß ich das Vertrauen des größeren Teils der politischen Vertretung der Slowakei verloren habe. Diesen Verlust begreife ich nicht nur als Ausdruck der Abneigung zu mir als konkreter Person, sondern auch als Ausdruck der Nichtübereinstimmung mit den Werten, die ich vertrete. Ich kann mir nicht vorstellen, wie ich unter diesen Umständen und in dieser schweren Zeit, die uns erwartet, mein Amt gut ausüben könnte. Ich kann die Verantwortung für eine Entwicklung nicht tragen, die sich meinem Einfluß entzieht. So wie ich der geschichtlichen Entwicklung nicht entgegenstehen möchte, so möchte ich natürlich auch nicht nur ein Beamter sein, der noch ein paar Wochen auf den Zeitpunkt seiner Ablösung wartet, bis er endgültig sein Amt verläßt, der in dieser Zeit passiv das